

scheiterten und gingen unter. Mit ihrer ganz besonderen Grenze ließ die DDR die ganze Welt wissen, wie breit und wie existenzgefährdend für sie die Ablehnung durch ihre Bürger war. Sie brauchte Gewalt, um die Abstimmung mit den Füßen gegen sich aufzuhalten. Während der Jahre der SED-Herrschaft bauten sich gleichwohl immer neue Ausreisewellen auf.

Der ständige Aderlaß kostete die DDR-Gesellschaft eine Vielzahl junger, aufbaubereiter Menschen, erfahrener Ingenieure und Landwirte, Ärzte, Krankenschwestern sowie anderer Berufsgruppen.

Die Klage eines Dissidenten wie Biermann, als sogar ein Havemann-Sohn in den Westen abhaute, beschreibt den Verlust für die Opposition. Waren die Ausreiser, wie Biermanns Verse andeuteten, „Ausreißer“, Deserteure, oder waren sie vielleicht Opponenten, die ihre Tat als Akt der Opposition begriffen? Lockte sie vor allem der Glanz westlicher Konsumfreiheit, statt die Hoffnung auf politische Bürgerrechte? Die SED jedenfalls erklärte sie zu Gesindel, zu Abschaum. Mein eigener überraschender Eindruck, als ich 1961 erstmals mit einer größeren Zahl geflohener Schüler und Studenten zusammentraf, war der von ganz normalen Gleichaltrigen ohne nennenswertes politisches Engagement. Sie hatten es gleichwohl in der DDR nicht ausgehalten. Seitdem ist es für mich immer das denkbar negativste Urteil über ein politisches Regime, wenn es nicht nur entschlossene Oppositionelle, sondern absolut durchschnittliche Bürger massenhaft in die Flucht treibt.

Halbgewußtes und Vorurteile begegnen den Ausreisern von ehedem bis heute, im Westen wie im Osten. Wir wollen heute mehr über sie erfahren. Was bewegte sie? Was trieb sie an? Wie überwandten sie die ihnen auferlegte Isolation, stellten sie Kontakte untereinander her, organisierten sich sogar? War ihre Forderung „Wir wollen raus!“ gefährlicher für den Bestand des SED-Regimes als die trotzig Kampfansage mit dem Satz „Wir bleiben hier!“? Wie ging es den Übergesiedelten in der für sie neuen westlichen Gesellschaft?

Wie immer haben wir sachkundige Referenten eingeladen und Menschen, die aus eigenem Erleben über das, was hinter ihnen lag und die dieses Schicksal hatten, berichten können. Zunächst werden wir die Begrüßung durch den Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Herrn Dr. Geiger, anhören.

Dr. Hansjörg Geiger: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren! Zu diesem Thema möchte ich einige Anmerkungen vortragen, die die Auswirkungen politischer Entwicklungen auf die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit beschreiben. Die Übersiedlung, also die „ständige Ausreise von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ – so die Definition der DDR –, ist aus mehreren Gründen exemplarisch für den Umgang der Machthaber in den sozialistischen Staaten mit ihren Bürgern sowie für die Folgen, die der Entspannungsprozeß – der Grundlangensvertrag zwischen beiden deutschen

Staaten, der KSZE-Prozeß sowie die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki – auf die DDR hatten.

Selbst nach dem Bau der Mauer und der Errichtung hocheffizienter Grenzsicherungsanlagen blieb der Wille größerer Teile der Bevölkerung in der DDR offensichtlich ungebrochen, ein Leben unter „kapitalistischen Bedingungen“ dem Leben im „real existierenden Sozialismus“ vorzuziehen. Auch Indoktrination und Propaganda konnten offensichtlich hieran nur wenig ändern. Jedenfalls vermochten sie nicht, den Wunsch zahlreicher Menschen zu ersticken, unter anderen politischen und auch ökonomischen Bedingungen als in der DDR zu leben. Wie hilflos letztlich die herrschenden Kreise der DDR diesem Phänomen gegenübergestanden sind, zeigen die Maßnahmen, die allein zur Verhinderung der Übersiedlung – also nicht zur Verhinderung von Fluchtversuchen – in den siebziger und achtziger Jahren getroffen wurden.

Einer der Höhepunkte der Verschärfungsmaßnahmen auf diesem Gebiet war die Weisung des Ministers des Inneren der DDR vom 14.11.1972, selbst die Übersiedlungen der Personen nach der BRD bzw. West-Berlin zu stoppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung bis dahin in beschränktem Umfange möglich waren. Einbezogen in diese Weisung waren aber auch die Übersiedlungen von Amnestierten.

Für den Stellenwert, den die Übersiedlungsproblematik für die Führung der DDR hatte, sowie für die Entwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein weiter perfektioniertes Organ des alle Bereiche durchdringenden Repressionsapparates ist der Befehl Nr. 1/75 vom 15.12.1975 signifikant. Er trug folgenden Titel: „Zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels“. Dieser Befehl war von Minister Mielke persönlich unterzeichnet. Darin wird ausdrücklich angeordnet, daß die „zielgerichtete Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels Aufgabe aller Diensteinheiten des MfS“ ist. Hierzu hatten die Leiter der Diensteinheiten – ich zitiere – „den konzentrierten Einsatz aller geeigneten Kräfte, Mittel und Methoden, die zielstrebige Ausschöpfung aller politisch-operativen Möglichkeiten des MfS und der Möglichkeiten anderer Schutz- und Sicherheitsorgane, staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte in ihren Verantwortungsbereichen zur Lösung dieser Aufgaben zu gewährleisten.“

Aus diesem Satz wird zweierlei deutlich: einmal die außerordentlich enge Zusammenarbeit des MfS mit den anderen Sicherheitsorganen, den gesellschaftlichen Organisationen, aber auch mit den Einrichtungen der Wirtschaft, also sein flächendeckendes, alles umspannendes Wirken, mit dem Ziel, die Ausreise von DDR-Bürgern zu verhindern; zum anderen der massive Einsatz aller dem MfS zur Verfügung stehenden Mittel in der DDR wie im Ausland